Opłata pocztowa uiszczona ryczałtem

Freitag, den 4. September 1925.

Einzelnummer 20 Groschen.

Lodzer Volkszeitung

Nr. 108. Erscheint täglich vormittags, außer Sonn- und Feiertagen. An den Sonnabenden wird die reichhaltige „Illustrierte Beilage zur Lodzer Volkszeitung" beigegeben. **Abonnementspreis:** monatlich mit Zustellung ins Haus und durch die Post Zl. 4.20, wöchentlich Zl. 1.05; Ausland: monatlich Zloty 5.—, jährlich Zl. 60.—. Einzelnummer 20 Groschen, Sonnabends 25 Groschen.

Schriftleitung und Geschäftsstelle:
Lodz, Petrikauer 109
Hof, links.
Telephon 36-90. Postschließfach 370
Geschäftsstunden von 7 Uhr früh bis 7 Uhr abends. Sprechstunden des Schriftleiters täglich 5—6, Sonnabends 12—2. Privattelephon des Schriftleiters 28-45.

Anzeigenpreise: Die siebengespaltene Millimeterzeile 10 Groschen, im Text die dreigespaltene Millimeterzeile 40 Groschen. Stellengesuche 50 Prozent, Stellenangebote 25 Prozent Rabatt. Vereinsnotizen und Ankündigungen im Text für die Druckzeile 50 Groschen; falls diesbezügliche Anzeige aufgegeben — gratis. Für das Ausland — 100 Prozent Zuschlag.

3. Jahrg.

Vertreter in den Nachbarstädten zur Entgegennahme von Abonnements und Anzeigen: **Alexandrow:** Ferdinand Schlichting, Wierzbinska 16; **Bialystok:** Schwalbe, Stoleczna 43; **Konstantynow:** F. W. Modrow, Dluga 70; **Ozorkow:** Oswald Richter, Neustadt 505; **Pabianice:** Julius Walta, Sienkiewicza 9; **Tomaschow:** Richard Wagner, Bahnstraße 68; **Zdunska-Wola:** Bertold Kluttig Zlota 43; **Zgierz:** Eduard Stranz, Rynek Kilinskiego 13; **Zyrardow:** Otto Schmidt, Hiellego 20.

Rund um den Sicherheitspakt.

In London tagt die Juristenkonferenz, die über die juristische und technische Seite des Paktes eine Einigung sucht. In Genf wiederum beraten die Außenminister Englands und Frankreichs in geheimen Tagungen über den Pakt.

Erinnern wir uns, wie es anfing: Die deutsche Regierung erklärte sich in ihrem Garantievorschlage bereit, die Westgrenze Deutschlands, wie sie der Versailler Vertrag gezogen hat, unbedingt anzuerkennen. Zu ihrer Sicherung soll eine militärfreie Zone geschaffen werden, deren Respektierung sowohl durch Deutschland als durch Frankreich unter den Schutz aller unterzeichnenden Mächte, also vor allem Englands, gestellt würde. Bezüglich der Ostgrenze Deutschlands erklärte die deutsche Regierung, auf jede andre als die im Versailler Vertrag selbst eröffnete Möglichkeit der Revision mit friedlichen Mitteln zu verzichten. Schon diese Erklärung hat den leidenschaftlichen Ausbruch des polnischen Nationalismus hervorgerufen. Die Kleine Entente trat auf den Plan, machte geltend, daß Frankreich durch die militärischen Bündnisverträge mit seinen ost- und mitteleuropäischen Freunden auch verpflichtet sei, die gegenwärtige Ostgrenze Deutschlands unbedingt zu garantieren.

Herriot fiel, ehe er noch eine Antwort auf das deutsche Angebot geben konnte. Die Regierung Painleve, deren Außenminister der alte Opportunist und Kompromißler Briand ist, nahm den wesentlichen Inhalt der vorbereiteten Antwort Herriots in ihren Entwurf einer Antwortnote herüber. Von da ab jagte eine Note die andere. Der Notenwechsel sowie das Einwirken Englands hatte schließlich den Erfolg, daß die französische Regierung den deutschen Vorschlag in seinen Grundsätzen annahm. Trotzdem versucht sie es, zur Schonung der polnischen und tschechischen Empfindlichkeit, auch eine Sicherung der Ostgrenzen zu erlangen. Dieser Versuch stößt jedoch nach wie vor auf den Widerstand der englischen Regierung; gehört es doch zu den allgemeinen Auffassungen der englischen Politik, die auch von der englischen Arbeitspartei geteilt wird, daß England „keinen Mann und keinen Groschen" für die Aufrechterhaltung des gegenwärtigen Zustandes im Osten, wo an allen Grenzen Konflikte brodeln, riskieren will. Diese von den einzelnen Parteien aus ganz verschiedenen Motiven, jedoch ziemlich einheitlich vertretene englische Auffassung kommt indes, infolge der Gegensätze im englischen Kabinett, nur in einer unklaren Form zum Ausdruck.

Das ist die Situation, über die sich nun in Genf während der Völkerbundstagung Chamberlain und Briand verständigen sollen.

Immerhin wird man wohl in Paris eingesehen haben, daß die englische Regierung wohl für einen westlichen Sicherheitspakt, keineswegs aber — in dieser Beschränkung liegt

(Fortsetzung 2. Seite.)

Lettland winkt ab.

Lettland gegen ein Bündnis mit Polen. — „Man setzt sich nicht auf ein Pulverfaß, um sich einen Regenschirm schenken zu lassen."

Durch den tragischen Tod des lettischen Außenministers Meierowicz ist das polnisch-lettische Verhältnis wieder akut geworden. Meierowicz war gerade kein Anhänger eines Bündnisses mit Polen, immerhin war er aber Politiker genug, dies Polen nicht verstehen zu lassen.

Zweifellos gibt es in Lettland und Polen Kreise, die eine gegenseitige militärische und politische Anlehnung sehnsüchtig herbeiwünschen. Polen hat seit jeher auf ein Bündnis hingearbeitet, um die antissowjetrussische Front zu stärken. Doch fragt es sich, ob es für Lettland zweckmäßig ist, sich mit Haut und Haaren an Polen zu verschreiben, obwohl nicht zu verkennen ist, daß Lettland in vielfacher Weise wirtschaftlich auf Polen (Transithandel) angewiesen ist.

Die lettische Presse nimmt bereits Stellung zu der durch das Ableben von Meierowicz geschaffenen Lage. Der größte Teil der Presse, darunter auch das deutsche „Neue Rigaer Tageblatt" nimmt ganz kategorisch Stellung gegen eine Bündnispolitik mit Polen. Das deutsche Organ schreibt: „Eine Union der Baltischen Staaten ohne Polen bietet uns eine genügende Garantie für die Aufrechterhaltung des Friedens. Sicherheits- also Schiedsverträge mit Rußland und Deutschland sind unbedingt wünschenswert.

Polens Grenzen, Polens Wirtschaft, Polens innere Lage, Polens Valuta sind jedoch noch nicht stabilisiert. Eine solche Freundschaft wäre gefährlich. Man setzt sich nicht auf ein Pulverfaß, um sich dafür einen Regenschirm schenken zu lassen.

Auch bedeutet ein politisches Bündnis mit Polen nur einen Bärendienst, den wir Polen erweisen würden.

Strategisch liegt Lettland so, wie im Jahre 1914 Belgien. Lettland wäre das denkbar geeignetste Aufmarschgebiet für eine etwaige russische Invasion. Das weiß man in Moskau ebenso gut, wie in Warschau und die Herren der lettischen Regierung wissen es auch.

Wir müssen uns an Estland anschließen und an Litauen. Litauen, das gegenwärtig isoliert ist, wird gern für wirtschaftliche Zugeständnisse von unserer Seite, wie etwa Zollunion, mit gleicher Münze zahlen wollen."

Dies ist ein deutlicher Wink. Und es scheint, daß man ihn in Warschau verstanden hat, denn man ist nicht nur bemüht, mit Litauen zu einem Einvernehmen zu gelangen, sondern auch die gespannten Verhältnisse mit Ssowjetrußland zu mildern.

Die polnische Völkerbunddelegation.

Die polnische Delegation setzt sich aus drei verschiedenen Kategorien von Delegierten zusammen. Zur Hauptdelegation gehören: Außenminister Skrzynski, Minister beim Völkerbund Morawski, Arbeitsminister und Mitglied des internationalen Arbeitsbüros beim Völkerbund Sokal, zur Ergänzungsdelegation: Sejmabgeordneter und Vorsitzender der Außenkommission des Sejm Dembski, Abg. Niedzialkowski und Abg. Stronski, zur Unterstützungsdelegation: Rechtsbeirat im Außenministerium Dr. Babinski, außerordentlicher Gesandter und bevollmächtigter Minister bei der türkischen Regierung in Angora Roman Knoll und der Gesandte bei der schweizerischen Bundesregierung in Bern Jan Modzelewski.

Die polnische Presse geht mit Bursche hausieren.

Wie bekannt, hat Bursche in der „Stockholms Tidningen" ein Interview veröffentlichen lassen, in dem er darauf hinweist, daß von einer Verfolgung der nichtkatholischen Bekenntnisse in Polen keine Rede sein könne, denn die polnische Verfassung gebe allen Konfessionen das gleiche Recht, was auch in Wirklichkeit so sei.

Der Krakauer „Ilustrowany Kurjer" schreibt zu diesem Interview: „Eine solche Stimme war sehr nötig und es ist anzunehmen, daß jetzt die schwedische Oeffentlichkeit zu einer anderen Meinung über die polnische Toleranz gelangen werde, als dies der Kongreß zu suggerieren versucht hat. Es wäre sehr notwendig, daß auch in anderen Ländern, wo ebenfalls die antipolnische Agitation blüht, solch kompetente Persönlichkeit einmal für allemal die ganze Wahrheit (!? die Red.) sagen möchte."

Was Bursche wollte, hat er erreicht. Hoffentlich wird er diesmal nicht leer ausgehen, und irgend eine Regierungsstelle hängt ihm noch ein blechernes Kinkerlitzchen auf seine ordensgeschmückte Brust . . . für nationalpolnische Verdienste. Natürlich, wie könnte es auch anders sein!

Zur Londoner Konferenz.

Bei einer bewaffneten französischen Aktion England auf seiten Deutschlands.

In London werden die Beratungen über die technische und juristische Seite des deutschen Garantiepakts fortgeführt. Nach Londoner Blättermeldungen sollen die englischen und Belgischen Sachverständigen mehr der deutschen als der französischen Konzeption zustimmen. Das „Berliner Tageblatt" läßt sich sogar aus London melden, daß bereits zwischen den Engländern, Belgiern und Deutschen ein Einverständnis erzielt wurde, wonach in einem polnisch-deutschen Konflikt keine der Großmächte das Recht habe, ohne besondere Vollmacht des Völkerbundes die entmilitarisierte Rheinzone zu überschreiten.

Auch die Frage, was unter einem aggressiven Akt sowie unter Sanktionen zu verstehen sei, wurde eingehend besprochen. Die deutschen Sachverständigen stellten die These auf, daß im Falle einer bewaffneten Aktion Frankreichs gegen Deutschland England nicht neutral bleiben dürfte, wie dies der Fall während des französischen Ruhreinbruchs war.

Die deutsche Presse weist darauf hin, daß, obwohl diese Nachrichten aus gut informierten englischen Blättern stammen, sie doch mit Vorsicht aufzunehmen sind.

eben der Kompromiß zwischen den verschiedenen Strömungen der englischen Politik — für eine Garantie der Grenzen im Osten zu haben ist. Die Entscheidung, die vor der französischen Regierung steht, ist also, ob sie eine nach menschlicher Voraussicht dauernde Sicherung der deutsch-französischen Grenze, die sie jetzt haben kann, preisgeben will, um sich weiterhin auf ihre militärischen Allianzen im Osten, auf die militärische Niederhaltung Deutschlands von zwei Seiten zu verlassen. Die Geschicklichkeit der französischen Diplomatie, die der englischen zweifellos überlegen ist, ist allerdings bemüht, einen Ausweg zu finden, um sich die Vorteile beider Möglichkeiten zu sichern; dies beweist die fragwürdige Vereinbarung, daß es im Falle eines deutschen Angriffs auf Polen den französischen Truppen erlaubt sein soll, nicht nur durch Deutschland (wozu ihnen der Versailler Vertrag das Recht gibt), sondern auch durch die neuzuschaffende militärfreie Zone an der deutsch-französischen Grenze zu marschieren. Allein solche Umgehungsversuche können der französischen Regierung nicht über die grundlegende Entscheidung hinweghelfen Es ist eine Entscheidung, die sich durchaus in der kapitalistischen Sphäre bewegt. Aber es ist immerhin innerhalb dieser Sphäre die Wahl zwischen einer Außenpolitik der militärischen Gewalt und einer der kapitalistischen Verträge.

Die Situation der französischen Regierung ist nun im Augenblick besonders kritisch: diese Regierung führt **zwei Kriege**. Der Kolonialkrieg in Marokko wurde von Poincare und seinen Generalen in einem Zeitpunkt vom Zaun gebrochen, da die Regierung Poincare bereits unmittelbar vor ihrem Rücktritt stand: er ist das blutige Vermächtnis Poincares an die französische Demokratie. Er wird nun, obwohl er mit einer strategischen „Vorrückung" der französischen Besetzungslinie begonnen hat, selbstverständlich zur „Verteidigung" geführt: verteidigt wird das zivilisatorische „Werk Frankreichs" und beileibe nicht etwa das Interesse der Banque de Paris et des Pays Bas! Er ist von dem ganzen Aufgebot der in solchen Fällen in europäischen Kulturländern üblichen Phrasen und der in Kolonialkriegen unter der afrikanischen Tropensonne üblichen Qualen und Grausamkeiten begleitet. Während also in Genf und London die Besprechungen der Minister und Juristen über die neuen Formen und Formeln des Sicherheitspaktes vor sich gehen, wird in den marokkanischen Bergschluchten und in Syrien die „Sicherung" des Friedens, um die sich die französische Bourgeoisie so besonders bemüht zeigt, mit Gasgranaten besorgt!

Neben dem Sicherheitspakt der kapitalistischen Regierungen belfert lustig und höhnisch der Krieg.

A.

Der Spießrutenlauf des Bodenreformgesetzes.

Gestern hat die Unterkommission des Senats die Verbesserungen zum Bodenreformgesetz erledigt. Es wurden nur stilistische Verbesserungen angenommen. Aus der Unterkommission kommt die Vorlage jetzt in die Vereinigte Kommission, die sich aus der Budget-, der Rechts- und der Wirtschaftskommission zusammensetzt. Danach in den Senat, in den Sejm, in die Sejmkommissionen und zurück in das Sejmplenum. Wenn dann vom Gesetz noch etwas übrig bleibt, so erhalten es die Bauern als Beweis der sozialen Gerechtigkeit in Polen.

Die Kaufmannschaft bei Grabski.

Grabski versprach die Wünsche wohlwollend zu prüfen.

Am Mittwoch und gestern sprachen Delegationen der Lodzer und Warschauer Kaufmannschaft beim Ministerpräsidenten Grabski vor, um diesen mit der schwierigen Lage der Kaufmannschaft vertraut zu machen. Die Delegationen ersuchten den Ministerpräsidenten, den Termin für die Bezahlung der rückständigen Steuern bis zum 1. Oktober zu verschieben und von diesem Termin an erst ein Prozent Strafe für die bereits fällig gewesenen Steuern zu erheben. Auch solle die Industrie- und Umsatzsteuer eine Ermäßigung erfahren, da weder Industrie noch Handel in der Lage seien, diese hohen Steuern aufzubringen. In Sachen der Gebührenermäßigung für Auslandspässe wurde Grabski der Vorschlag gemacht, daß die Industrie- und Handelsorganisation „Lewiatan" über die Notwendigkeit der Reise entscheiden solle.

Grabski versprach, diese Wünsche wohlwollend zu prüfen und auch dahin zu wirken, daß Industrie und Handel größere Kredite bei der Bank Polski eingeräumt erhalten.

Wie Geschäfte in Polen gemacht werden.

Regierungsvertreter bringen ihr Schäfchen ins Trockene.

Schon seit längerer Zeit war es öffentliches Geheimnis, daß in der „Cedergren-Telephon-Gesellschaft" die schönsten Manipulationen auf Kosten des Staates gemacht werden.

Der „Robotnik" ist nun in der Lage Einzelheiten über die famose Geschäftsführung sowie über die im Laufe der Zeit durch diese Gesellschaft begangenen Betrügereien zu bringen.

Schon die Art, wie die Gründung der Gesellschaft vorgenommen wurde, zeigt, daß die Aktionäre darauf ausgingen, den Staat zu schädigen.

Das Aktienkapital wurde nämlich zu einer Zeit, wo alle Geschäfte in Dollar und Pfund abgeschlossen wurden, in französischen Franks festgesetzt, wobei der Staat seinen Anteil sofort in Devisen einzahlte, während die übrigen Aktionäre ihre Anteile erst nach 5 Jahren zu zahlen hatten. Sie rechneten dabei auf das ständige Sinken des Franken — so, daß tatsächlich auf sie eine ganz geringe Summe entfiel. Es Es wäre falsch und naiv, sich zu wundern, wie der Staat auf solch einen durchsichtigen Betrug hereinfallen konnte, denn die Lösung dieses Rätsels ist höchst einfach: die Regierungsvertreter, die im Auftrage der Regierung den Vertrag unterzeichneten, finden wir auf der Liste der **Vorstandsmitglieder der Aktiengesellschaft wieder!**

Und diese Herren beschlossen dann selbst, daß die Diäten des Vorstandes nur 20 Prozent der **Bruttoeinnahmen** betragen sollen! Danach erhalten die Vorstandsmitglieder ungefähr je 12000 Zloty **monatlich**, der Präses etwa das Doppelte dieses Betrages als Gehalt.

Man braucht daher nicht besonders spitzfindig oder klug zu sein, um dahinterzukommen, weshalb die Gesellschaft eine Erhöhung der Abonnementsgebühren verlangt, weshalb sie einen so energischen Kampf gegen die berechtigten Forderungen ihrer Angestellten führt, denn jeder gesparte oder den Angestellten vorenthaltene Zloty vermehrt das Gehalt der Vorstandsmitglieder um 20 Prozent.

* * *

Auch eine Richtigstellung.

Die polnische Telephonaktiengesellschaft (P.A.S.T.), die die Nachfolgerin der Akt.-Ges. „Cedergren" geworden ist, versucht durch die Patagentur, die der Gesellschaft gemachten Vorwürfe zurückzuweisen. Sie führt eine ganze Reihe von Zahlen an, um dadurch den Beweis zu erbringen, daß von einer Schädigung des Staates keine Rede sein könne.

Zum Schluß gibt jedoch die Gesellschaft zu, daß die Regierungsbeamten, die den Vertrag abgeschlossen haben, in dem Vorstand der Gesellschaft sitzen. In der Richtigstellung heißt es: „Die Tatsache, daß die Beamten, die den Vertrag abgeschlossen und in den Vorstand berufen wurden, noch weiter in der Generaldirektion der Post tätig sind, hat nicht den geringsten Einfluß auf die Kontrolle über die Gesellschaft."

Wer dies glaubt, der muß erst geboren werden!

Brief aus Deutschland.

Die Zentrumskrise.

(Von unsrem Berliner T. L.-Korrespondenten.)

Durch eine Verordnung des Reichspräsidenten Hindenburg wird mit sofortiger Wirkung die Verordnung des Reichspräsidenten Ebert betreffend das **Verbot** des Tragens der Militäruniform **aufgehoben**.

Deutschland hat also jetzt die erfreuliche Aussicht auf eine starke Belebung des Handels mit Militäruniformen, denn es wird wohl nicht lange dauern und Frontbann, Stahlhelm, Wehrwolf nnd Jungdo werden den Windjacken- und Kappenersatz freudestrahlend durch richtiggehende kaiserliche, königliche, großherzogliche, herzogliche und fürstliche Uniformen des verflossenen Hohenzollernheeres ersetzen.

Die zweite große Sensation ist die Aeußerung Josef Wirths gegenüber Vertretern der „Germania" und des „Berliner Tageblattes", in der er ausdrücklich erklärte, daß sein bekannter Brief an Fehrenbach keineswegs nur eine persönliche Handlung gewesen sei, zumal er genau wisse, daß rein persönliche Kundgebungen gar keinen politischen Wert hätten. Er sagt: Mein Vorgehen ist nicht der Ausdruck müder Resignation, es ist begleitet von dem festen politischen Willen, im Zentrum eine Bewegung hervorzurufen, die getragen ist von dem alten echten Zentrumsgeist und die sich orientiert im Namen der christlichen Demokratie, für die ich kämpfe. Dann sagt er, nachdem sein Brief in die Oeffentlichkeit gedrungen sei, habe er keinen Anlaß, mit seinen politischen Auffassungen über die Gründe seines Vorgehens und die Folgerungen, die daraus zu ziehen sind, zurückzuhalten.

Die „Germania" teilt dazu mit, daß ganze Berge von Zustimmungserklärungen bei Wirth eingelaufen sind, und zwar aus allen Kreisen der Partei. Sie stellt fest, daß der Schritt Wirths keinesfalls auf eine Erkrankung oder auf persönliche Verärgerung zurückzuführen sei. Wirth hat den festen Willen, es nicht beim ersten Schritt bewenden zu lassen.

In gewissem Sinne wird auch der Tod des greisen Zentrumsführers Peter Spahn, der im Alter von 79 Jahren gestorben ist, zur Verschärfung der Gegensätze im Zentrum beitragen. Sein Nachfolger im Reichstag ist der Geschäftsführer der Windhorstbünde, das heißt der katholischen Jugendorganisationen, Dr. Krohne, ein entschieden demokratischer Republikaner, der auf zahlreichen Kundgebungen des Reichsbanners Schwarzrotgold Reden gehalten hat. Sein Eintritt in den Reichstag bedeutet eine nicht zu unterschätzende Stärkung der **Richtung** Wirth.

Kommunistenprozeß in Leipzig.

In Leipzig begann vor dem Staatsgerichtshof der große Prozeß gegen die kommunistische Zentrale. Die Anklage lautet dahin, daß die Angeklagten in den Jahren 1923-24 gemeinschaftlich mit den übrigen Mitgliedern der Bezirksleitung Berlin-Brandenburg und mit Angehörigen der Zentrale der KPD. fortgesetzt das hochverräterische Unternehmen zum gewaltsamen Umsturz der Verfassung betrieben haben. Maslow, der seit dem 20. Mai 1924 in Haft ist, ist 34 Jahre alt und besitzt die russische Staatsangehörigkeit.

Der Angeklagte Maslow führte aus, daß dieser Prozeß ein Tendenzprozeß sei. Als Kommunist stehe er ebenso wie seine Mitangeklagten zu seinen Taten und zu den Zielen der kommunistischen Partei. Seine Person sei nichts, die Partei alles. Die übrigen Angeklagten schlossen sich den Ausführungen Maslows an.

In der Nachmittagssitzung setzte der Angeklagte Maslow seine Ausführungen mit ausführlichen Darlegungen über die Differenzen innerhalb der kommunistischen Partei wegen der Stellungnahme zur sozialdemokratischen Partei fort. Nach den Ereignissen in Sachsen im Januar habe er an einer Sitzung der Komintern teilgenommen und einer Resolution zugestimmt. Darin sehe die Anklage Vorbereitung zum Hochverrat. Er sei auch nicht fanatischer Vertreter der Moskauer Direktiven gewesen, sondern habe im Gegenteil stets in Opposition gestanden. Wenn das Eintreten für die Ziele seiner Partei Hochverrat sei, sehe er seiner Bestrafung entgegen.

Der Kampf um Mossul.

Die gestrige Sitzung des Völkerbundes, die Briand leitete, füllte die Mossulfrage aus. Als erster sprach der türkische Delegierte Tewfik-Roudhi-Bey, wies auf die vielen Konflikte mit der Regierung von Irak hin. Er führte aus, daß ehe diese Konflikte nicht beigelegt sind, man nicht daran denken könne, an die Lösung der Mossulfrage zu schreiten.

Der englische Minister der Kolonien, Amer, wies die Vorwürfe der türkischen Regierung zurück. Gleichzeitig protestierte er gegen die türkischen Anklagen, wonach England die Absicht habe, die Entscheidung des Völkerbundes in der Mossulfrage zu beeinflussen. Zum Schluß gab er das Versprechen ab, daß England niemals türkenfeindliche Bewegungen unterstützen werde.

Der türkische Delegierte gab der Ansicht seiner Regierung Ausdruck, wonach die Türkei eine schnelle Lösung der Mossulfrage sowie die Festsetzung der Grenzen des Iraks wünsche. Briand hob die Bereitwilligkeit der beiden Regierungen, zu einer Lösung zu gelangen, hervor, worauf der schwedische Delegierte Unden Bericht über die Streitfrage erstattete.

Das französische Budget.

Pläne für den Sturz Caillaux' und Painleves.

Das französische Finanzministerium hat das Budget für 1926 fertiggestellt. Es sieht in den Ausgaben eine Erhöhung um 3 Milliarden Frank vor. Die Regierung will diese Mehrausgabe durch eine Besteuerung der Immobilien decken.

Die Finanzkreise Frankreichs sind mit der Regierung Painleves unzufrieden geworden. Einige Abgeordnete der Finanzwelt beabsichtigen bei Beginn der Parlamentstagung eine scharfe Attacke zu reiten. Die Probe, Caillaux zu stürzen, soll auch auf Painleve ausgedehnt werden, damit der Sturz des Gesamtkabinetts erreicht wird. Wie Painleve und Caillaux bekanntwerden lassen, sind sie entschlossen, diesem Angriff mit aller Stärke entgegenzutreten.

Spanische Niederlage in Marokko.

Unter Deckung von französischen und spanischen Kriegsschiffen versuchten die Spanier in der Bucht von Alhucemas Truppen zu landen. Die Kriegsschiffe sowie die Transportdampfer wurden mit einem heftigen Geschützfeuer empfangen. Die Rifkabylen leisteten verzweifelten Widerstand, so daß die Landung mißglückte. Das Transportschiff „Espana Quinto" wurde sogar in den Grund geschossen. An Bord des Schiffes sollen sich nach spanischen Meldungen gegen 1000 Fremdenlegionäre befunden haben. Die Meldungen besagen jedoch nicht, was mit diesen Legionären geschehen ist.

Das Feuer der Rifkabylen war so heftig, daß auch der Kreuzer „Alfonso XIII" beschädigt und der Kommandant verwundet wurde.

Lokales.

Einfuhr österreichischer Waren nach Polen.
Eine sonderbare Politik der Regierung.

Kurz vor der Eröffnung der Lemberger Messe erteilte die Warschauer Regierung einigen Industriellen in Wien die Genehmigung zur Einfuhr von Textilwaren auf die Summe von 500 Millionen Goldkronen.

Diese unverständliche Politik der Herren im Handelsministerium hat in den Kreisen der Industriellen Beunruhigung hervorgerufen.

In einem Augenblick, in dem die polnische Textilindustrie darniederliegt, Einfuhrgenehmigungen für Textilwaren zu erteilen, ist unverantwortlich. Es geht nicht an, durch die Festsetzung der Summe von 500 Zloty für einen Auslandspaß um Polen eine chinesische Mauer aufzurichten, von der anderen Seite aber Einfuhrgenehmigungen zu erteilen, die den Zollkrieg und alle anderen Verbote auf den Kopf stellen. 30 Proz. der Arbeitsfähigkeit unserer Industrie genügen zur Deckung unseres Bedarfs auf Textilwaren. Für die übrigen Mengen müssen wir Absatz suchen. Ob das Handelsministerium diese nackten Tatsachen nicht kennt?

Wie wir hören, werden in dieser Angelegenheit sowohl Arbeiterabgeordnete wie Industrielle bei der Warschauer Regierung intervenieren, um Aufklärung zu fordern.

Arbeiterfragen. Vorgestern besprachen die Arbeiterdelegierten des „Praca"-Verbandes in ihrer Versammlung die Angelegenheit der polnischen Arbeitsinspektionen. Sekretär Kazmierczak erklärte, daß der Verband angesichts der gegenwärtigen Reduktionen in der Industrie nur sehr selten vermittels der Arbeitsinspektionen wirksam intervenieren kann. Die Arbeitsinspektoren haben keine Vollzugsgewalt. Deswegen ignorieren die Industriellen die Anordnungen derselben, so daß die Arbeiter in fast allen Fällen die Gerichte in Anspruch nehmen müssen. Die Gesetze, nach denen die Arbeitsinspektorate ihre Tätigkeit entfalten, sind noch die alten russischen. Trotzdem hatten die Anordnungen der Inspektorate vor dem Kriege stets Erfolg, da die Industriellen an die Kniebeuge vor dem Natschalstwo gewöhnt waren und sich fügten, wenn der Herr Generalgouverneur eine Verfügung erließ. Heute ist es jedoch leider anders. Die Industriellen ignorieren nicht nur die Anordnungen der Arbeitsinspektorate, sondern selbst der Regierung. Deswegen müsse die Arbeiterschaft durch ihre Abgeordneten gerade diese Angelegenheit zu einer klaren Regelung bringen. (b)

Herr Kazmierczak hat in diesem Punkte vollständig recht. Wenn seine Meinung auch die Meinung des Abgeordnetenklubs der N. P. R. ist oder werden will, so könnte gemeinsam von den Linksparteien in diesen ungesunden Verhältnissen eine Klärung erfolgen. Vielleicht kommt die Erkenntnis jetzt.

Am 8. September kein Feiertag. Auf Anfragen teilen wir mit, daß der 8. September (Mariä Geburt) als Feiertag abgeschafft wurde. Die katholische Kirche feiert wohl an diesem Tage durch ihre Liturgie das Fest der Gottesmutter, die Feiern für die Gläubigen finden aber am Sonntag darauf statt.

Herabsetzung der Brotpreise. Die Bäckereibesitzer haben den Preis für ein Zweikilobrot erster Gattung auf 75, zweiter auf 60 Groschen herabgesetzt. Trotzdem hat das Wucheramt die Preise für zu hoch gefunden und die Bäcker aufgefordert, neue Kalkulationen einzureichen. (b)

Kohle für den Winter. Der Magistrat verkauft auf seinen Kohlenplätzen Kohle zum Preise von Zloty 3.80 den Doppelzentner für Stück und Würfel, sowie zu Zl. 3.70 für Kleinkohle.

Die russischen Einkäufe. Die Einkäufe des „Wnieszторg", die nunmehr abgeschlossen wurden und in denen die Firma „Eitingon" vermittelte, betragen die Summe von 1,200,000 Dollar. Die Firma erhielt 6 monatige Wechsel, die von der Bank Polski mit 5 pro Jahr diskontiert wurden. 80 Prozent der gekauften Waren wurden bereits geliefert.

Der Alkohol in Lodz. Das statistische Jahrbuch des Magistrats der Stadt Lodz stellt fest, daß im Jahre 1923 in Lodz 1,993,635 Liter reinen Alkohols konsumiert wurden. Auf den Kopf jedes Einwohners entfallen also 3,05 Liter. Die größte Alkoholmenge wurde im März verbraucht — 227,680 Liter, die geringste im April — 93,816 Liter. Für Trunkenheit verhaftete die Polizei im Jahre 1923 5,549 Personen, davon im März 691, im Februar 341 Personen.

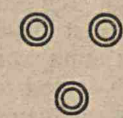
Wucherzinsen für Schulbücher. Im Zusammenhang mit dem Beginn des neuen Schuljahres haben die Buchhändler die Preise für Schulbücher erhöht. Die Erhöhung ist durch keine Verteuerung der Herstellungskosten der Bücher bedingt. In der nächsten Woche werden die Behörden eine Preisliste für Schulbücher bekanntgegeben. Buchhändler, die diese Preise überschreiten werden, werden zu strafrechtlicher Verantwortung gezogen. (p)

Vor der Uebernahme der neuerbauten Volksschulen. Eine besondere Magistratskommission, bestehend aus dem Vizepräsidenten der Stadt Lodz, Wojewudzki, den Schöffen Hajkowski und Folkierski, den Stadtverordneten Wojakowski und Krasucki sowie den Baninspektoren Zakrzewski und Malecki besichtigten die im Bau befindlichen Volksschulen. Nach dem Bericht der Kommission wird die Schule in der Nowatargowastraße bereits im Oktober und die in der Drewnowskastraße bereits in den nächsten Tagen den Schulbehörden übergeben werden. (b.)

Aus der Kirche — ein Museum.



Das ssowjetrussische Kommissariat für Volksbildung und Aufklärung entwickelt eine äußerst rege Tätigkeit. Es wurden Gebäude beschlagnahmt, um Schulen und Lehranstalten unterzubringen. Jetzt ist dies Kommissariat dazu geschritten, sogar die schönste Kathedrale Petersburgs (St. Isaac) in ein Museum für Kunst und Volksaufklärung umzugestalten.



Die Schulbehörde hat den Boykott deutscher Erzeugnisse angeordnet. In Anbetracht des gegenwärtigen Zollkrieges mit Deutschland, hat die polnische Schulbehörde mittels Rundschreibens alle im Bereiche der Wojewodschaft Lodz gelegenen Schulen, die privaten sowie die staatlichen davon in Kenntnis gesetzt, daß im laufenden Schuljahr der Boykott sämtlicher Schulerzeugnisse Deutschlands für Polen angeordnet worden ist. Vor allem ist der Kauf der Faber'schen Bleistifte, die als die besten in der ganzen Welt bekannt sind, verboten. Das Kuratorium des Lodzer Schulbezirks empfiehlt daher in demselben Rundschreibeu den Kauf vón Bleistiften aus der Fabrik von Majewski in Warschau. Hoffentlich wird die Majewskische Ware nach dieser Verordnung besser als bis jetzt, damit sie Faber tatsächlich verdrängen kann. Wenn dies aber doch nicht geschieht? Wir stoßen jetzt noch in jedem behördlichen Büro auf Faberbleistifte. Aber nicht deswegen, weil sie deutsches Fabrikat sind. Der Grund ist ein sehr prosaischer — sie sind eben besser. (p)

Eine Verfügung wegen Nichtentrichtung der Schulgebühr. Die Schulbehörde hat alle Inhaber von Privatschulen benachrichtigt, daß es nicht gestattet ist, Kinder wegen der unregelmäßigen Entrichtung der Schulgebühr aus der Schule nach Hause zu schicken, da das Kind hierdurch im Lernen zurückbleibt. Falls die Gebühr nicht nach Verlauf von zwei Monaten entrichtet wird, sind die Eltern oder Vormünder des betreffenden Kindes vorzuladen. Die Schulen haben sich mit ihnen darüber zu verständigen, ob das Kind weiter in der Schule verbleiben soll oder nicht.

Das städtische Museum, Petrikauer Straße 91, ist täglich von 9 Uhr morgens bis 5 Uhr nachmittags geöffnet. Besuche von Schülergruppen müssen zuerst angemeldet werden, damit die Verwaltung einen Führer zur Verfügung stellen könne.

Vom Stadtrat. In der nächsten Woche werden die Stadtratkommissionen einberufen. Die Vollsitzung wird für den 17. September geplant.

Ein Verkehrskommandant für Lodz. Der bisherige Kommandant der Lodzer Sittenpolizei Wladyslaw Chroscicki ist zum Verkehrskommandanten der Stadt Lodz ernannt worden. (p)

Zum morgigen Garten-Konzert der Feuerwehr. Im Anzeigenteil unseres Blattes finden unsere geschätzten Leser einen Bon, gegen dessen Vorzeigung bei der Kasse im Helenenhof zum morgen nachmittags stattfindenden Gartenkonzert Eintrittsbilletts zu 1 Zloty ausgefolgt werden. Für die Veranstaltung ist ein geschmackvolles Programm zusammengestellt worden, so daß anzunehmen ist, daß trotz des bereits kühlen Wetters der Besuch des Konzertes ein bedeutender sein wird.

Der übliche Kommunistenprozeß. Vor dem hiesigen Bezirksgericht hatte sich der Arbeiter Franciszek Gurski wegen Kommunismus zu verantworten, weil er im Kino „Flora" während einer Textilarbeiterversammlung eine Rede gehalten hat, in der er den Gedanken der Bildung einer Arbeiter- und Bauernregierung propagierte. Die Verhaftung nahm ein Geheimpolizist vor. Die Zeugen machten durchweg entlastende Aussagen und wiesen darauf hin, daß Gurski seit dem Jahre 1902 für die Freiheit Polens gekämpft hat und dafür von den Russen auf 6 Jahre nach Sibirien verschickt wurde. Das Gericht verurteilte Gurski zu 1 Jahr Festungshaft, wobei ihm die Untersuchungshaft anzurechnen ist. (a)

Wegen Flucht aus dem Gefängnis hatte sich gestern der Zygmunt Frontczak vor dem Lodzer Bezirksgericht zu verantworten. Frontczak, der wegen verschiedener Vergehen zusammen 25 Jahre Gefängnishaft zu verbüßen hatte, brach am 22. August l. J. aus dem Lenczycer Gefängnis aus und floh. Er wurde an der ssowjetrussischen Grenze abgefaßt, als er dieselbe überschreiten wollte. Das Gericht verurteilte Frontczak zu einem Jahre Gefängnis. Die Summe hat sich somit auf 26 Jahre Haft erhöht. (p)

In der Liebe betrogen. Das 17jährige Dienstmädchen Irena Hecka versuchte sich an der Ecke der Narutowicza- und Skwerowastraße zu vergiften. Sie wurde in bedenklichem Zustande nach dem Krankenhause gebracht. Der Grund zur Verzweiflungstat ist, daß die Hecka ihre Liebe einem jungen Manne schenkte, der, wie sich später herausstellte, verheiratet war.

Ein Unmensch. Vor einigen Tagen hat der Arbeitgeber Rogozynski, wohnhaft in der Gluwnastraße 9, das Dienstmädchen Jendrzejczak auf die Straße geworfen, als sich bei diesem Geburtswehen einstellten. Die Jendrzejczak wurde von ihrer Schwester nach dem Ambulatorium der Krankenkasse in der Karolastraße 28, gebracht, wo sie bereits nach drei Minuten einem Kinde das Leben schenkte. Die Jendrzejczak wurde nach dem Wöchnerinnenheim in der Narutowiczastraße gebracht.

Den Geliebten mit Salzsäure begossen. Im hiesigen Bezirksgericht wurde gegen eine gewisse Weronika Piasecka verhandelt, die angeklagt war, ihren Geliebten, den Kutscher Julius Schmidt, mit Salzsäure begossen zu haben, so daß dem Schmidt das rechte Auge auslief. Vor Gericht sagte die Piasecka aus, daß Schmidt sie verführt habe und als sie ihn fragte, wann die Hochzeit sein werde, da habe er sie ausgelacht. Sie geriet darüber in große Aufregung, und als Schmidt ihr dann noch erzählte, daß er bereits eine andere Braut habe, da faßte sie den Entschluß, das Gesicht von Schmidt so zu entstellen, damit er von der anderen Braut den Laufpaß bekomme. Sie lud Schmidt daher zu einem Schäferstündchen ein und da geschah die schreckliche Tat. Richter Korotkiewicz zog mildernde Umstände in Betracht und verurteilte die Piasecka zu einem Jahr Gefängnis.

Blutige Schlägerei auf einer Hochzeit. Der in Ozorkow wohnhafte 55 Jahre alte Wanderredner Majer Schneider weilte gestern in Lodz im Hause Nr. 30 der Zachodniastraße bei seinen Bekannten auf einer Hochzeit. Auf dieser kam es plötzlich zu einem Streit, der in eine Schlägerei ausartete und bei welcher Schneider mit einem stumpfen Gegenstand am Kopf erheblich verletzt wurde. Der Verletzte wurde nach Anlegung eines Notverbandes seitens des Arztes der Unfallrettungsbereitschaft im besinnungslosen Zustande nach der städtischen Sammelstelle gebracht. (a)

Kuppelei. Das Bezirksgericht verurteilte gestern den Michal Birnbaum, Jakuba 16, wegen Kuppelei zu sechs Monaten Gefängnis.

In der Pfeiferstraße 16 wurde von der Polizei ein Freudenhaus ausgehoben. Der Besitzer, Stanislaw Marciniak, ein bereits vorbestrafter Dieb, wurde verhaftet. (p)

Kleinbrand. Gestern wurde der vierte Zug der Feuerwehr nach einem im Hause Wulczanskastraße 228 ausgebrochenen Brande alarmiert. Es stellte sich heraus, daß durch einen schadhaften Ofen eine Anzahl einem gewissen Anton Szwanderski gehörige Säcke in Brand geraten waren. Der Wehr gelang es, nach zweistündiger Arbeit das Feuer auf seinen Entstehungsherd zu lokalisieren. Der entstandene Schaden ist nicht unbedeutend. Er ist durch Versicherung nicht gedeckt. (p)

Doppelmord oder Selbstmord. In der Brzezinskastraße 36 führt das Ehepaar Niewiadomski, wobei der Ehemann 50, die Ehefrau 75 Lenze zählt, einen Kolonialwarenladen. Gestern starben beide an Vergiftung. Die Polizei ist bemüht, festzustellen, ob es sich hierbei um einen Mord oder Selbstmord handelt.

---

11. Staatslotterie.

5. Klasse — letzter Ziehungstag.

Hauptgewinne:

Zloty 200 000 (Prämie) auf Nr. 24 420
Zl. 2000 auf Nr. Nr. 2340 24 420 37 703
Zl. 600 auf Nr. Nr. 3147 27 449 37 325 37 578
Zl. 500 auf Nr. 36 861
Zl. 400 auf Nr. Nr. 21 191 21 609 37 732 41 583
Zl. 300 auf Nr. Nr. 3512 4920 6272 12 267 21 450 23 157 29 592 31 922 42 283 42 964 45 545.

Besitzer des Loses, das die Prämie gewann, ist ein Warschauer Bankbeamter Chojnacki.

Aus dem Reiche.

Die Warthe ist aus den Ufern getreten.

Zum dritten Male in diesem Jahre ist die Warthe vorgestern aus den Ufern getreten. Auf der Strecke Kolo—Konin—Slupca überschwemmte das Wasser 60 Kilometer Ackerland, wobei 800 Morgen bearbeitetes Land der Vernichtung anheim fiel. Im Slupcer Kreise wurden vom Wasser die Wirtschaften des Bronislaw Kopalski und des Robert Kokoszka zerstört. Der Wagenverkehr mußte unterbrochen werden. Polizei und Feuerwehren sind dabei beschäftigt, Schutzwälle aufzuschütten. Der durch die Ueberschwemmung verursachte Schaden ist groß.

Zgierz. Ein sonderbarer Sport. Israel Kurenbaum näherte sich gestern einem diensttuenden Polizisten und schlug ihn unter den Unterkiefer. Der Polizist verfolgte den Fliehenden. Auf der Flucht wurde Kurenbaum von drei Polizisten angehalten. Jeder erhielt jedoch einen Schlag „unter die Zähne". Schließlich wurde K. festgenommen. Im Polizeikommissariat erklärte er, daß er sich einen neuen Sport ausersehen habe und bat die Polizisten, ihm den Spaß nicht zu verübeln. Die Polizei verstand diesen Spaß jedoch nicht und setzte K. unter Nummer Sicher.

Kolo. Neuwahlen. Das Innenministerium hat den hiesigen Stadtrat aufgelöst und Neuwahlen angeordnet.

Warschau. Die Teuerung um 1,4 Prozent gestiegen. In der Sitzung der statistischen Kommission wurde festgestellt, daß der Teuerungsindex im August im Verhältnis zum Juli um 1,4 Prozent gestiegen ist. Die Steigerung wird mit der Preiserhöhung der Textilwaren begründet. Die Textilwarenhändler haben bei der Dollarhausse die Preise für jeder Art Waren um 10 Prozent erhöht.

— Selbstmord. Der Beamte der Transportgesellschaft „Lloyd Polski", Alfred Siarkowski, verübte vorgestern auf dem Friedhofe in Brodno Selbstmord. Die Ursache desselben ist unbekannt.

— Diebstahl in der Unteroffiziersschule. In der Wirtschaftsabteilung der Unteroffiziersschule wurde dieser Tage der Kassaschlüssel verloren. Man achtete nicht darauf. In der vorvergangenen Nacht erschienen Diebe, öffneten die Kasse mit dem gefundenen Schlüssel und stahlen 22 000 Zloty. Die Behörden suchen außerhalb der Schule nach dem Diebe, nehmen aber an, daß jemand von den Beamten am Diebstahl beteiligt sein kann.

— Der Geldteufel ist schuld. Der Landmann Michal Najemski, wohnhaft in Anina, Gem. Falenica, hatte das seltene Glück, 70 000 Zloty in der Staatslotterie zu gewinnen. Aus Freude über den großen Gewinn veranstaltete er ein Fest, zu dem er alle Einwohner von Anina einlud. Sein Nachbar Adamczyk, den der Neid über das Glück des Najemski erfaßt hatte, suchte einen Streit mit seinem Gastgeber vom Zaune zu reißen. Najemski, der einen Skandal vermeiden wollte, führte Adamczyk auf den Hof, um ihn dort zu beruhigen. Der angesäuselte Adamczyk wollte sich jedoch nicht beruhigen, so daß aus dem Streit eine regelrechte Keilerei entstand. Als Adamczyk dem Najemski immer mehr zu Leibe rückte, zog dieser plötzlich einen Revolver und gab einige Schüsse auf Adamczyk ab. Adamczyk, in die Brust getroffen, brach blutüberströmt zusammen und mußte nach Warschau in ein Spital gebracht werden.

Bialystok. Die städtische Wirtschaft. Einen Blick hinter die Kulissen der städtischen Wirtschaft in Bialystok schildert in einem polnischen Blatt ein Bialystoker Bürger. Die Tätigkeit des Präsidenten Szymanski sei eine Folge von Unglücken für die Stadt gewesen. So seien sämtliche Geschäfte der Wirtschaftsabteilung zum Schaden der Stadt abgeschlossen worden, indem bei Einkäufen von lebendem und totem Inventar bis 100 Prozent zuviel bezahlt wurde. Die Folge davon war, daß die Mitglieder des Wirtschaftsausschusses vor Gericht wegen Bestechung gestellt wurden. Für Nichtzahlung von Mieten wurden mehrere Schulen und Hospitäler exmittiert und auf die Straße gesetzt. Pflasterungen wurden auf einer und derselben Straße mehrere Mal vorgenommen. Diese Vorgänge führten dazu, daß der Staat sich genötigt sah, eine Kontrollkommission einzusetzen, was eine vollkommene Auflösung des Magistrats, der für die Mißbräuche nicht aufkommen will, zur Folge hatte. Es ist unbestimmt, wie die Neuwahlen ausfallen werden, da sich wohl schwerlich Leute werden finden lassen, die geneigt sein werden, die Verantwortung für ihre Vorgänger zu übernehmen.

Die Klage hört sich genau so an, wie die Klage eines Lodzer Bürgers.

Bromberg. Sie warteten auf deutsche Güter und wurden betrogen. Im Juli vorigen Jahres gründeten die Gebrüder Sobolinski hier eine Parzellierungsbank. Aufgabe der Bank war es, möglichst viel Mitglieder zu sammeln, die möglichst viel Geld einzuzahlen hatten, wenigstens aber 300 Zloty Mitgliedsbeitrag. Dafür sollten die Mitglieder von der Bank parzellierte deutsche Güter erhalten. Die Mitglieder warteten aber und die Gebrüder Schwindelinski sammelten immer weitere Mitglieder. Der deutsche Grundbesitz blieb aber aus. Schließlich, nachdem die Herren Mitglieder über ein Jahr gewartet hatten, wandten sie sich an den Staatsanwalt, der beide Brüder hinter Schloß und Riegel setzte. Die Betrogenen zweifeln jetzt an der Echtheit der Deutschenhetze.

Posen. Selbst hier gibt es keine Endecja mehr. Am übernächsten Sonntag finden hier die Stadtratwahlen statt. Eingereicht wurden folgende Listen: 1) Liste der Linken und der Berufsverbände; 2) P. P. S.; 3) N. P. R.; 4) Mieterverband; 5) Verband der Kriegsinvaliden und 6) Bürgerkomitee und christliche Demokratie. Die Endecja hat sich also den Namen Bürgerkomitee zugelegt. Nur die Chadecja hat noch den Mut, unter eigenem Namen in die Wahlschlacht zu treten. Es muß um die Reaktion schlecht bestellt sein, wenn sie selbst in ihrer Hochburg Posen ein Maske anlegen muß. Ein Beweis dafür, daß man in Polen nicht ungestraft betrügen darf.

Kurze Nachrichten.

Kleve geräumt. Als erste Stadt der seit dem Jahre 1918 besetzten Rheinlandzone ist die Stadt Kleve von den belgischen Besatzungstruppen geräumt worden. Die Kasernen wurden bereits der Stadtverwaltung übergeben. Es verblieb nur eine unsichtbare Besatzung, bestehend aus dem Delegierten und einigen Mann Gendarmerie, am Orte.

Sawinkow lebt. Gestern sind Nachrichten eingetroffen, wonach Boris Sawinkow leben und im Kaukasus wohnen soll. Er arbeitet literarisch für die Sowjetregierung. Eine Bestätigung dieser Nachricht ist noch nicht erfolgt.

Flugzeugunglück. Das Steuerflugzeug „Sheaan Doah" wurde im Staate Ohio während der Fahrt Caldwell—Cumberland von einem Wirbelsturm erfaßt und in zwei Teile gerissen. Von der Besatzung sind 10 Personen getötet und 15 verwundet.

Explosion. In der Pulverfabrik in Dubesti (Rumänien) erfolgte eine Explosion. Eine Anzahl Personen wurde getötet und verwundet.

14 Autounfälle an einem Tage in Paris. Am 1. September hatte die Pariser Chronik 14 Autounfälle zu notieren. Dabei wurden 5 Personen getötet und 39 verwundet.

Verurteilter Redakteur. Der frühere ungarische Minister und gegenwärtige Redakteur Ben'c,ki wurde zu drei Jahren Gefängnis verurteilt, weil er den Reichsverweser Horthy den Mörder der Revolutionäre nannte.

Briefkasten.

F. W., Lodz. Auf städtische Hausgrundstücke sichergestellte Hypothekenschulden sind gemäß dem gegenwärtig in Kraft befindlichen Aufwertungsgesetz vom 14. Mai 1924 in der Regel mit 25 Prozent des Vorkriegswertes zu tilgen. Sie haben jedoch ausnahmsweise volle 100 Prozent zu beanspruchen mit Rücksicht darauf, daß es sich in Ihrem Falle um den Rest des vereinbarten Verkaufspreises (Reszta sumy szacunkowej) handelt. Ihre Forderung beträgt somit: Mk. 80 000 zum vollen Umwertungskurse vom Mai 1920 (30 polnische Mark = 1 Zloty) Zloty 2,666.67 Gr. nebst den rückständigen Zinsen in der in der notariellen Akte vorgesehenen Höhe, jedoch höchstens nur für 5 Jahre, da der Schuldner zur Zahlung der über fünf Jahre rückständigen Zinsen gesetzlich nicht verpflichtet ist.

Warschauer Börse.

	2. Septemb.	3. Septemb.
Dollar	5,72½	5,69
Checks:		
	2. Septemb.	3. Septemb.
London	27,40	27,30
Neuyork	5,65	5,63
Paris	26,50	26,40
Prag	16,70	16,69
Zürich	109,30	108,90
Wien	79,66½	79,42
Italien	—.—	—.—
Belgien	—.—	—.—
Holland	227,65	—.—

Züricher Börse.

	2. September	3. September
Warschau	90.00	90.00
Paris	24.30	24.25
London	25.12	25.10½
Neuyork	5.178	5.177
Belgien	—.—	23.20
Italien	—.—	20.60

In Lodz ist der Kurs des Dollars unverändert. Auf der schwarzen Börse wurden Dollars mit 5,80 angeboten.

Deutsche Sozialistische Arbeitspartei Polens.

Versammlung der Vertrauensmänner.

Die nächste Versammlung der Vertrauensmänner der Deutschen Arbeitspartei, Ortsgruppe Lodz, findet Sonnabend, den 5. September, abends punkt 7 Uhr, im Parteilokale, Zamenhofa 17, statt. Zur Beratung steht unter anderem erneut die Gründung von deutschen Abteilungen beim Klassenverband. Die Vertrauensmänner sind berechtigt, deutsche Arbeiter, die der obigen Frage Interesse entgegenbringen, als Gäste einzuführen. Pünktliches und vollzähliges Erscheinen erwartet der Vorsitzende.

Sonntag, den 6. September, vormittags 9 Uhr, findet im Lokale der Partei, Zamenhofa 17, die II. Sitzung des Parteirates statt.

Pünktliches und vollzähliges Erscheinen erwartet

der Vorsitzende.

Verleger und verantwortlicher Schriftleiter: Stv. Ludwig Kuk.
Druck: J. Baranowski, Lodz, Petrikauer 109.

Krieg oder kultureller Wettbewerb.

Wieder einmal führt Frankreich einen Raubkrieg. Die Anhänger der Kriegsgewalt frohlocken. Wieder einmal scheint es den Kriegsanhängern, daß mit diesem Krieg der Beweis geliefert wird, die Menschheit könne ohne Eroberungskriege nie auskommen. Ihrer Meinung nach, ist der Krieg ein unbedingter, ewiger, gar aufbauender politischer Faktor.

Die Menschheit überschaut aber nur einen Zeitraum von ungefähr 5000 Jahren; in diesen 5000 Jahren bestanden allerdings immer Kriege. Die vorhergehenden einige hunderttausend Jahre, in denen der Mensch die Anfänge seiner Kultur und Urformen seiner Sprache ausbaute, liegen im Dunkel. Es ist uns nicht bekannt, ob damals Kriege geführt wurden. Die fossilen Waffen aus dieser Zeit sind mehr dem Jagdgebrauch angepaßt. Nun gibt es aber höhere Tierrassen, z. B. die sogenannten Menschenaffen, die unter sich kein gegenseitiges Abmorden betreiben. Es ist also nicht ausgeschlossen, daß auch der Urmensch in irgendeinem vorgeschichtlichen Zustande keine gegenseitige Bekämpfung kannte. Forscher haben auch tatsächlich einige Völker in einem Kulturzustand angetroffen, der ohne Krieg bestand.

Etwas Aehnliches sehen wir in der Geschichte der Sklaverei. Im Altertum behaupteten all die überschlauen Politiker, daß ein Volk, ein Staat ohne Sklaven nicht bestehen könnte. Man lese alle griechischen und römischen Publizisten: Plato, Aristoteles, Cicero. Sogar der fortschrittliche, menschenfreundliche Seneca sprach sich n i c h t für die Abschaffung der Sklaverei aus. Für sie war eine Welt ohne Sklaven nicht denkbar; nach der damaligen Auffassung mußte mit der Befreiung der Sklaven jeder Fortschritt aufhören, jede Kulturorganisation zusammenstürzen. Die Geschichte zeigt uns aber, daß eine Fortentwicklung der späteren Kultur ohne Sklaverei stattfand. An Stelle der Sklaven traten freie Handwerker, Lohnarbeiter, Tiere und Maschinen.

Ebenso werden in der nahen Zukunft wirtschaftliche, technische und auch geistige Faktoren eintreten, die den Krieg als überwunden beseitigen werden. Wie die Zwangsarbeit des Sklaven dem Schaffen des freien Werktätigen nicht standhalten konnte, ebenso wird der kriegführende Staat gegen die Erfolge des emsig schaffenden Neutralen nicht aufkommen. Wenn 1870 ein Landsturmmann nur mit einer Flinte und einer Erbsenwurst auszog und im ganzen Feldzuge durchschnittlich einige hundert Patronen verknallte, so überstiegen die Ausgaben kaum die Kosten eines kleinen Manövers von heute.

Trotzdem Frankreich im Weltkriege als „Sieger“ hervorging, hat es jetzt solch eine Schuldenlast, daß der Arbeitsaufwand des französischen Volkes nicht ausreicht, die Zinsen der Schuld zu zahlen. Bei einem zweiten solchen „Siege“ würde wahrscheinlich Frankreich aufhören, als Staat zu bestehen. Es ist daher nicht außer Acht zu lassen, daß die französische Regierung es verstand, seine schwarzen „Brüder“ als billiges Kanonenfutter zu verwenden. Dieses wird wohl bei einem nächsten Kriege nicht mehr durchzuführen sein. Das politische Bewußtsein der Afrikaner ist im Erwachen und kann bei einem nächsten Kriege so weit gereift sein, daß die Farbigen für fremde Eroberer nicht mehr die Kastanien aus dem Feuer holen werden. Auch Polen kann auf die Dauer die großen Rüstungen und allzuhohen Steuern, die die Folge der Rüstungen sind, ertragen.

Aehnlich ergeht es England. Vor dem Kriege hatte es fast den ganzen Seehandel in seiner Hand. Es war führend im Schiffbau. Gegenwärtig aber, nachdem es vier Jahre lang seine Anstrengungen auf die Kriegstechnik verlegt hatte, ist es drauf und dran dem Wettbewerb einiger anderer Völker zu unterliegen. Die Arbeitslosigkeit ist in England dreimal größer als im besiegten Deutschland. Der Umstand, daß die Neutralen in den zukünftigen Kriegen immer mehr und mehr Nutzen auf Kosten der Kriegführenden ziehen werden, macht den Krieg immer unwahrscheinlicher.

Ein nicht zu unterschätzender Faktor gegen den Krieg ist der unter den Demokraten fast aller Länder immer stärker werdende p a z i f i s t i s c h e G e d a n k e. Noch gewaltiger macht sich der Wille der werktätigen Volksmassen gegen den Krieg geltend. Diese Massen haben nicht das geringste Interesse an einem Völkermorden; sie wissen, daß der Krieg ihnen nur Elend, Hunger und Verrohung bringt. Sie sahen es, daß der treueste Begleiter des „Kriegshelden“ der schmutzige Kriegsschieber ist, der allein im Kriege auf unsaubere Art seine Taschen füllte. Und die Zeit ist nicht mehr fern, in welcher gegen den Willen der erwachenden Volksschichten kein Staat Krieg zu führen imstande sein wird.

Auch der mehr und mehr um sich greifende Gedanke der autonomen Kulturfreiheit der nationalen und kulturellen Minderheiten verringert die Kriegsmöglichkeiten. Die Kulturgemeinschaft mit Volkssplittern in anderen Ländern hat vorwiegend ein näher liegendes Interesse als die Staatszugehörigkeit. Davon gibt uns ein anschauliches Bild das polnische Volk. Der große Kern dieses Volkes im polnischen Staate hat mehr gemeinsame Kulturinteressen und Zusammengehörigkeitsgefühl zu seinen Stammesgenossen in Amerika, Deutschland oder sonstwo, als zu seinen staatlichen Mitbürgern fremder Nationalität. Die Kulturgemeinschaften der geistig immer mehr aufsteigenden Bevölkerungsgruppen werden nicht mehr in die Rahmen der staatlichen Grenzen zu zwingen sein. Ein jeder Volksstamm, eine jede Ideengemeinschaft wird in den Nachbarländern Anhänger derselben Kultur besitzen. Und trotzdem werden diese Völker heute gezwungen, während eines Krieges auch ihren eigenen Volksgenossen Tod und Verderben zu bringen.

Aber trotz all der Schwierigkeiten nimmt das Ineinandergreifen der Völker, der Volkssplitter und der Ideengemeinschaften auf kulturellen und wirtschaftlichen Gebieten weit über die Staatsgrenzen hinaus täglich zu. Der Gedanke des Staatenbundes und danach des Bundesstaates nimmt dadurch stets an Bedeutung zu. Diese Staatsform wird für Europa vielleicht schon in den nächsten Jahrzehnten eine politische Notwendigkeit sein. Die kleinen Staaten graben, infolge ihrer übergroßen Rüstungen und wirtschaftlichen Abgrenzung, mit allem Eifer und in Verbindung ihr eigenes Grab. Diese Staaten werden gegenüber den großen amerikanischen Zoll- und Wirtschaftseinheiten nur elende Bettler und Hungerleider sein, ebenso werden sie auf dem Gebiete der Kultur und der Technik hinterher trotteln. Sie werden bald das Säbelrasseln aufgeben müssen und sich auf den Gedanken eines Staatenbundes mit lockeren Grenzen einstellen. Schon heute sehen wir die ersten Vorboten der kriegslosen Zeit: sehr viele Zwischenfälle, die vor 1914 zweifellos zum Kriege geführt hätten, werden heute durch Schiedsgerichte gelöst, weil beide Seiten die Folgen eines Krieges nicht überstehen würden.

F. P.

Der Kampf um die Haut des polnisch-christlichen Arbeiters

Zwei Strömungen in der Chadecja.

Die in der letzten Zeit aktuell gewordene Frage der Bildung einer neuen Regierungsmehrheit beschäftigt neben dem Piast vornehmlich die Chadecja. Die Parteiführer, die aus Kongreßpolen stammen, erklären sich für eine Zusammenarbeit mit dem Piast bei vollständiger Ignorierung der Endecja, während die Führer aus Pommerellen und Kleinpolen gegen die Demagogen des Piast wettern und die lose eheliche Verbindung mit der verschiedenfarbig schillernden

Der Tunnel.

Roman von **Bernhard Kellermann.**

(7. Fortsetzung.)

Die Geladenen kannten einander ohne Ausnahme. Sie hatten sich auf verschiedenen Kriegschauplätzen getroffen, sie hatten jahrelang Schlachten Schulter an Schulter oder gegeneinander geschlagen. Ihre gegenseitige Hochachtung war nicht allzu groß, aber sie schätzten sich immerhin.

Drunten, sechsunddreißig Stockwerke tief unten, wogte ein Heer von Hüten um den Hotelblock, Reporter, Agenten, Broker, Neugierige — in der blendenden Lichtflut alle ohne Schatten — schwirrend vor Spannung, die Augen auf die Lichtgirlanden des Dachgartens gerichtet. Durch das fiebernde Stimmengewirr, das das Hotel umbrandete, drangen deutlich die Rufe der Broadwayratten, der Zeitungsausrufer, herauf: „Extra! Extra!“ Die „World“ hatte im letzten Moment ihren letzten und besten Triumph ausgespielt, mit dem sie alle anderen Journale überstach. Sie war allwissend und kannte das Projekt genau, das die Milliarden, die da droben schwitzen, vom Stapel ließen: eine submarine Postbeförderung! A. E. L. M! America-Europe-Lightning-Mail! Genau wie heute die Briefe durch Luftdruck in unterirdischen Röhren von Neuyork nach San Franzisko gepreßt wurden, sollten sie durch gewaltige Röhren, die wie Kabel gelegt werden würden, nach Europa geschossen werden. Ueber die Bermudas und Azoren! In drei Stunden! (Man sieht, die „World“ hatte Allans Reiseroute genau feststellen lassen.)

Selbst die ruhigsten Nerven hier oben konnten sich dem Eindruck der fiebernden Straße, des brodelnden und glitzernden Neuyorks und der Hitze nicht entziehen. Alle wurden, je länger sie warteten, mehr oder weniger erregt und empfanden es wie eine Erlösung, als der blonde Hobby, der sich sehr wichtig gebärdete, die Versammlung eröffnete.

Hobby schwenkte ein Telegramm und sagte, daß C. H. Lloyd bedaure, durch sein Leiden abgehalten zu sein, die Herrschaften persönlich zu begrüßen. Er habe ihn beauftragt, ihnen Herrn Mac Allan, den langjährigen Mitarbeiter der Edison-Works-Limited und Erfinder des Diamantstahls Allanit, vorzustellen.

„Hier sitzt er!“ Hobby deutete auf Allan, der neben Maud in einem Korbstuhl saß, in Hemdärmeln wie alle andern.

Herr Allan habe ihnen etwas zu sagen. Er wolle ihnen ein Projekt vorschlagen, das, wie sie wüßten, C. H. Lloyd selbst das größte und kühnste aller Zeiten genannt habe. Herr Allan besäße Genie genug, das Projekt zu bewältigen, für die Ausführung aber brauche er ihr Geld.

Für den Fall, daß die Versammlung auf Mac Allans Projekt eingehe, beteilige sich C. H. Lloyd mit fünfundzwanzig Millionen Dollar. (Zu Allan:) „Jetzt, mein Junge!“

Allan trat an Hobbys Stelle. Die Stille wurde schwül und drückend. Die Straße drunten fieberte wirrer und lauter. Alle Augen richteten sich auf ihn: das war also er, der behauptete etwas U n g e w ö h n l i c h e s zu sagen zu haben! (Mauds Lippen standen vor Spannung und Angst weit offen!) Allan drückte seinem Auditorium durch nichts seine Wertschätzung aus. Er ließ den Blick ruhig durch die Versammlung wandern und niemand hätte ihm die große Erregung angemerkt, von der er im Innern geschüttelt wurde. Es war keine Kleinigkeit, diesen Leuten den Kopf in den Rachen zu stecken, und sodann: er war alles, nur kein Redner. Es war das erstemal, daß er vor einer größeren und destinguierten Versammlung sprach. Aber seine Stimme klang ruhig und klar, als er begann.

Allan sagte zunächst, daß er, nachdem C. H. Lloyd die Erwartungen so hoch gespannt habe, befürchte, die Versammlung zu enttäuschen. Sein Projekt verdiene kaum größer genannt zu werden als der Panamakanal. Es sei, recht besehen, sogar einfach.

Hierauf zog Allan ein Stück Kreide aus der weiten Hosentasche und warf zwei Linien auf die Tafel, die hinter ihm stand. Das sei Amerika und das sei Europa! Er verpflichte sich, im Zeitraum von fünfzehn Jahren einen submarinen Tunnel zu bauen, der die beiden Kontinente verbinde, und Züge in vierundzwanzig Stunden von Amerika nach Europa rennen zu lassen! Das sei sein Projekt.

In diesem Augenblick flammte das Licht der Photographen auf, die ihr Schnellfeuer eröffneten und Allan machte eine kurze Pause. Von der Straße herauf kam wirres Geschrei: sie wußten, daß die Schlacht da droben begonnen hatte.

Es schien zunächst, als ob Allans Projekt, das eine Epoche in der Geschichte zweier Kontinente bedeutete und selbst für diese vorgeschrittene Zeit nicht alltäglich war, nicht den geringsten Eindruck auf die Zuhörerschaft gemacht habe.

Allan hatte keineswegs erwartet, sein Auditorium durch sein Projekt niederzustrecken, und war mit dem Eindruck, den seine Ankündigung machte, vollkommen zufrieden. Mehr konnte er vorläufig nicht verlangen. Er hätte ja seine Idee langsam abbrennen können, aber er hatte sie absichtlich wie eine Kartätsche gegen seine Zuhörerschaft abgeschossen, um diesen Panzer einer scheinbaren Indifferenz, die jeden Redner hätte entmutigen können, diesen Panzer aus Phlegma, Schulung, Ermattung, Berechnung und Abwehr auf einen Schlag zu sprengen. Er mußte diese sieben Milliarden zwingen, ihm zuzuhören. Das war seine erste Aufgabe, das und nichts anderes. Und es schien, als ob ihm dies gelungen sei. Die ledernen Sessel knirschten, einige lehnten sich bequem zurecht, sie zündeten sich eine Zigarre an.

Und Allan fuhr ermutigt und sicherer fort.

(Fortsetzung folgt.)

Endecja propagieren. Um den Streit aus der Welt zu schaffen, will die Parteileitung der Chadecja in einem Parteikongreß die Mehrheit für die eine oder andere Konzeption herausfinden. Beide Teile haben natürlich große Regierungsappetite.

Uns scheint es, daß die christlich-nationalen polnischen Arbeiter reichlich Zeit hatten, sich davon zu überzeugen, daß ihre Haut vom Piast ebensogut und schlecht wie von der Endecja auf den Markt getragen wird. Sie müßten sich dazu aufraffen, ihren Führern den politischen Schacher endlich zu verbieten. Allerdings die wenigen, die noch der Chadecja nachlaufen. Der größere Teil hat sich heute schon davon überzeugt, daß er betrogen wurde, als er die „Acht" in die Wahlurne legte und den Oberschacherer Korfanty als ersten Matador durch das Ziel laufen ließ.

Eine sonderbare Freundschaft.

Kultusminister Grabski nach Petersburg eingeladen.

Am 5. September findet in Petersburg die Feier des 200jährigen Jubiläums der Akademie für schöne Künste statt. Die Sowjets haben zu dieser Feier auch polnische Gelehrte eingeladen, wie Prof. Baudouin de Courtenay, Geologieprofessor Mroczewski aus Krakau und Kultusminister Stanislaw Grabski. Die polnische Linkspresse drückt ihre Verwunderung gerade inbezug auf die Einladung Grabskis aus und frägt, wie ein Endek bei einem Kommunisten Besuche machen kann. Andere Blätter finden dies in Ordnung, da Herr Grabski doch auch mit den Juden fertiggeworden ist.

Der Herr Kultusminister ist also die Brücke der Regierung und der Rechten zu allen „nationalen" und „nachbarlichen" Feinden geworden. Dies wird ihm aber keinesfalls hindern, bei den Wahlen den stubenreinsten Chjenisten zu markieren.

Den Wählern kann man eben leider noch viel vorgaukeln.

Herr Korfanty in Nöten.

Die häßliche Konkurrenz.

Abgeordneter Korfanty, der Spitzenkandidat der 100prozentigen polnischen Wähler bei den letzten Sejmwahlen, hat Sorgen. Er gründete vor einem Jahre eine große Tageszeitung „Polonia", die in Kattowitz erscheint. Die Zeitung erfreut sich der wohlwollenden Unterstützung der deutschen Kohlenbarone Oberschlesiens, indem diese Herren ganzseitige Anzeigen in der „Polonia" abdrucken, zu dem Zwecke, um gut angeschrieben zu sein.

Dieser Tage erschien in einigen polnischen Zeitungen die Nachricht, daß Herr Korfanty seine „Polonia" mit den Abonnenten und der gesamten Garnierung an die deutschen Kohlenbarone verkauft habe, die einen Einfluß in der polnischen Gesellschaft benötigen. Darüber große Empörung über den Verrat Korfantys am Polentum, wobei die klare Sprache geführt wurde, daß Korfanty nur für seine politischen Zwecke Polen gegen Deutsche aufhetzt, während er anders denkt, wenn es an die Tasche geht. In diesem Falle ist ihm deutsches Geld ebenso lieb wie Dollars oder Zloty.

Nachdem diese Nachrichten erschienen sind, dementiert Herr Korfanty. Es sei nicht wahr, daß er die „Polonia" verkauft habe, denn diese sei nach wie vor in seinem Besitz. Daß er aber zu den deutschen Bergwerken eine andere Stellung einnimmt, sei nur die Sorge um die Industrie in Polen und dies habe mit Deutschfreundlichkeit nichts zu tun.

Die betroffenen Zeitungen äußern eine andere Meinung und so entbrannte der schönste Streit. Korfanty verdächtigt als Kulissenschieber hierin die Warschauer Endecja, die dadurch seine politische Freundschaft mit dem nichts weniger als deutschfreundlichen „Piast" zerstören will.

Korfanty droht mit Gerichten und versucht es, deutsche Industrie und deutsche Arbeiterschaft auseinanderzuhalten. Die erste ist national-polnisch, obwohl sie in deutschem Besitz ist, während deutsche Arbeiter in Oberschlesien „szwaby" sind, obwohl sie Herrn Korfanty reich gemacht haben.

Demagogie ist eben Trumpf. Und die armen Arbeiter der Chadecja betrachten diese Weisheit Korfantys immer noch als Evangelium.

Aus dem Reiche.

Warschau. Eine verfehlte Spekulation. Im Februar 1922 lieferte die Aktiengesellschaft „Piast" einem gewissen Litenbaum Waren im Werte von 4 Milliarden 300 Millionen Mark und erhielt zur Deckung Wechsel, die jedoch protestiert wurden, worauf die Angelegenheit dem Gericht übergeben wurde. Die Verhandlungen mußten jedoch mehreremal infolge Nichtstellung des Litenbaum aufgeschoben werden, und es stellte sich heraus, daß L. absichtlich durch häufige Reisen und Wohnungswechsel es dem Gerichtsdiener unmöglich machte, ihm die Aufforderung zu übergeben. Erst als der Kurs der Mark den niedrigsten Stand erreicht hatte, zahlte L. in der Depositenkasse des Gerichts den Betrag ein und betrachtete die Schuld als geregelt. Nicht so die geschädigte Firma, die auf einer vollen Umrechnung auf Zloty bestand und 8327 Zloty verlangte. Das Bezirksgericht lehnte diese Forderung ab und erkannte nur auf eine Aufwertung von 10 Prozent. Das darauf angerufene Appellationsgericht gab jedoch dem Kläger recht und bestimmte eine Aufwertung von 100 Prozent.

Radomsko. Auflösung des Stadtrats. Der Stadtrat von Radomsko hat eine polnisch-jüdische Mehrheit der Stadtverordneten der Rechtsparteien. Zum Bürgermeister wurde der Maurer Szwedowski, ein Kriegsgewinnler und Mitglied des „Rozwuj" gewählt. Der Landwirt Oscik, der früher Holz aus den städtischen Wäldern rollte, wurde zum Schöffen und zum Leiter der städtischen Wälder gewählt. Der Fabrikant Warwasinski, Besitzer eines Elektrizitätswerks, wurde Leiter des städtischen Elektrizitätswerks. Schöffe Oscik verkaufte das Holz nur an Bekannte und Stadtverordnete der Mehrheit zu billigen Preisen. Einer der Stadtverordneten wurde sogar gerichtlich zur Rückgabe „genommenen" Holzes verurteilt. Warwasinski leitete das Elektrizitätswerk derart, daß dasselbe eines Tages niederbrannte. Darauf bot W. seinen eigenen Strom der Stadt an, die ihn zu anständigen Preisen kaufte. Die Ueberreste des niedergebrannten Elektrizitätswerks kaufte Herr Warwasinski bei einer von ihm arrangierten Lizitation. Ein Schöffe Najkron lieferte Strom aus der Privatfabrik des Herrn Warwasinski, da ihm dieser den „Generalvertrieb" übertrug, nur gegen Schmiergelder. Bürgermeister Szwedowski besitzt eine Ziegelei. Auch der Magistrat besitzt eine solche. Um den städtischen Konkurrenten loszuwerden, beschloß Herr Szwedowski als Bürgermeister, verschiedene städtische Bauten aufzuführen. Die städtischen Ziegel wurden auf Plätzen abgeladen, ohne daß bisher auch nur ein Gebäude fertiggestellt wurde. Die Schwindeleien deckte ein Hilfsbuchhalter auf, der, als er gegen die Mißwirtschaft protestierte, entlassen wurde. Die sozialistischen Stadtverordneten forderten von der Starostei eine Revision der Magistratswirtschaft, worauf der Starost jedoch nicht einging, da er ein guter „Bekannter" der Magistratsherren ist. Schließlich führten die Sozialisten bei der Wojewodschaft Klage, die eine Revisionskommission abdelegierte. Die Kommission fand alles in Ordnung. Erst nach einer Klageführung beim Innenministerium wurde eine gründliche Revision vorgenommen, die alle Anschuldigungen als Tatsache feststellte. Das Innenministerium hat nunmehr den Magistrat in den Anklagezustand versetzt und diesen sowie den Stadtrat aufgelöst.

Aus Welt und Leben.

Ein Räuberhauptmann. In Charbin wurde dem Räuberhauptmann Kornilow, der lange Zeit der Schrecken der Stadt und ihrer weiteren Umgebung war, der Prozeß gemacht. Trotz seiner herausfordernden Missetaten konnte die Polizei seiner lange nicht habhaft werden. Er verstand es meisterhaft, irgend eine Gestalt anzunehmen, die ihm gestattete, unerkannt in den Straßen Charbins spazieren zu gehen. Kornilow war ebenso geschickt wie grausam. Als er einmal von allen Seiten verfolgt, schwer verwundet in ein Bauernhaus geflüchtet war, wurde er von den armen Bauern gesund gepflegt; zum Dank dafür ermordete er schließlich seine Wohltäter, indem er ihnen den Hals durchschnitt, nur weil er fürchtete, von ihnen verraten zu werden.

Schließlich gelang es der Polizei, den Verbrecher dingfest zu machen. Er hatte die unglaubliche Frechheit, sich nebst einem Komplizen filmen zu lassen. Als die Bande zur Aufnahme im Atelier eines Filmoperateurs versammelt war, umstellte die Polizei das Haus und schoß von draußen auf die Banditen. Kornilow wurde zum Tode verurteilt und hingerichtet.

Der versteinerte Leichnam. Die Stadt Fulton im Staate Missouri ist, wie aus Neuyork berichtet wird, ganz aus dem Häuschen. Man hat nämlich bei einer zufälligen Grabung entdeckt, daß der vor 25 Jahren auf dem städtischen Friedhof begrabene Leichnam einer Frau Guthrie vollständig zu Stein geworden ist, während die Leichen von vier anderen Personen, die zur selben Zeit und in derselben Friedhofsabteilung bestattet worden waren, sich in der üblichen Weise zersetzt haben. Der Eichensarg, der den Leichnam der Frau Guthrie barg, war völlig zersplittert und verfault. Die Gesichtszüge der Frau Guthrie sind so gut erhalten, als wenn sie noch von Leben erfüllt wären, und der versteinerte Körper war so schwer, daß fünf Männer Mühe hatten, ihn zu heben.

Die Ureinwohner Chinas. Im Innern Chinas gibt es ungeheure Gebiete, die noch so gut wie unerforscht sind. Eine englische Expedition, die seit mehreren Monaten hier arbeitet, um die Spuren der vor den Chinesen hier seßhaft gewesenen Ureinwohner des Landes zu verfolgen, hat, wie die „Times" berichtet, merkwürdige und fast gänzlich unbekannte Menschenrassen entdeckt. Die charakteristischen Merkmale dieser Menschen halten die Mitte zwischen den besonderen Kennzeichen der amerikanischen Indianer und denen der Malaien. Für unsere Begriffe recht seltsam nehmen sich die Chinesen mit den blonden, geringelten Haaren aus, da sie in auffallendem Gegensatz zu der vorherrschenden Rasse mit den tiefschwarzen, glatten Haaren stehen.

Um zwei schöne Augen.

Roman von **H. Abt.**

(Nachdruck verboten.)

(94. Fortsetzung.)

Der unbewegte Ton, mit dem sie es sagt, geht ihm durch und durch. Hastig beginnt er wieder auf sie einzureden, möchte sich's selber einreden, daß sie nicht schuldig ist, wie sie sich fühlt.

„Vielleicht ist's wirklich nichts weiter als ein unglücklicher Zufall. Es wird ja über die näheren Umstände mehr zu erfahren sein. Zuweilen auch wird ein Unglück übertrieben. Ich will an Ort und Stelle selbst hören, sehen."

Mit starren Augen sieht sie ihn an, fragt mit stockendem Atem: „Sie wollen — zu ihm?"

„Wenn auch nicht zu ihm selbst, aber im Hause werden sich ja wohl Erkundigungen einziehen lassen. Warten Sie inzwischen hier auf mich, bis ich zurückkomme."

Er machte eine Bewegung hin zur Tür. Da drängt Herta ihm voran.

„Lassen Sie mich mit Ihnen gehen. Ich kann nicht hierbleiben, kann nicht im ungewissen warten." Ihre Hände heben sich empor, ringen sich ineinander. „Erbarmen Sie sich meiner! Ich kann ja den Tag nicht überleben, wenn das nicht von mir genommen wird."

Da zieht er ihren Arm unter den seinen, neigt sich zu ihr, und mit dem guten, weichen Tone, wie er zu seinen schwersten Kranken spricht, sagt er:

„Sie werden den Tag überleben, wie auch sein Ende sei. Sie sind ja nicht allein. Mit einem Genossen zur Seite geht auch der schwerste Weg sich leichter. Kommen Sie, Herta."

Er braucht nicht erst nach Heinz Werneburgks Wohnung zu kundschaften. Die Zeitungen haben Straße und Hausnummer genau angegeben. Aus dem haltenden Wagen steigen Herta und Professor Lüttgard. Wieder führt er sie am Arm zum Haus hinüber. Vor dem Treppenaufgang fegt eine Frau am Boden. An sie richtet er die erste Frage. Und die Antwort lautet:

„Sie ist noch immer nicht ganz tot."

Er fühlt, wie die hohe, schlanke Gestalt an seinem Arme sich schwer gegen ihn neigt, er selber aber strafft sich auf, als gält's in den Kampf zu ziehen. Er hat so manchen Kampf gewagt mit dem grimmen Allvernichter und hat so manchen Strauß ihm abgewonnen, ihm lebt die Hoffnung noch, solange noch ein Lebensodem zittert.

„Ich will Sie zum Wagen zurückbringen, Herta," sagt er, „warten Sie da auf mich."

Sie aber schüttelt wieder den Kopf. „Nein, ich warte hier unten auf den Stufen."

Und auf die Stufen, die zu Heinz Werneburgk emporführen, setzt sie sich wartend nieder, während Erich Lüttgard die Treppen hinansteigt.

Heinz öffnet ihm selber die Tür. Er kennt die jungen Gesichter, die uralt werden in einer einzigen Nacht, es verwundert ihn nicht, wie verwandelt der vor ihm Stehende aussieht. Er läßt ihm auch keine Zeit zum Fragen, zum Reden, sagt:

„Ich komme, Ihnen meine Dienste anzubieten, meine ärztliche Hilfe, falls solche noch in Menschenkraft und -möglichkeit liegt."

Heinz antwortet nicht, sieht den Professor an und hat ein dumpfes Empfinden: Hat Herta ihn geschickt? Dann fordert er ihn mit einer stummen Gebärde zum Eintritt auf.

Die barmherzige Schwester, die den Professor kennt, erhebt sich von ihrem Sitz, wie er über die Schwelle des Schlafzimmers tritt. Er winkt Heinz, zurückzubleiben, auch die Schwester geht zur Seite. Er steht allein vor dem Lager, blickt hinab auf die dort ruhende Gestalt.

Den Kopf leicht zur Seite geneigt, die dunklen Wimpern tief die schneeweißen Wangen überschattend, um die bleichen, schmerzgesenkten Lippen etwas wie ein leises Lächeln.

Eine Puppe hat er sie ehedem genannt und muß nun bei ihrem Anblick an jene denken, die ihm des Weibes höchste Liebesstärke verkörpert.

Die Krankenschwester hat die Tür, vor der Heinz steht, geschlossen. Reglos harrt er davor, bis endlich der Professor wieder heraustritt. Aus dem altgewordenen jungen Gesicht starren verzehrend die heißen Augen ihm entgegen.

„Sie lebt ja noch!" sagt Erich Lüttgard starken Tones.

Da hat Heinz seine Hände gefaßt, drückt sie mit verzweifelter Kraft, würgt die Worte hervor:

„Retten — retten Sie sie!"

Dann gibt er ihm, der sein baldiges Zurückkommen zusichert, wieder zum Korridor hinaus das Geleit.

Draußen vor der Flurtür, an den Pfosten gelehnt, steht eine, der das Warten eine Ewigkeit gewährt, die Stufe um Stufe sich hinaufgeschlichen, den stolzen Kopf scheu geduckt, die furchtgeweiteten Augen auf die sich öffnende Tür gerichtet.

Mit Heinz Werneburgk steht Herta Ellgenrodt Blick in Blick. Er zuckt zurück, wie er sie sieht, seine Hand hebt sich, macht eine Bewegung, als wolle er ihr das Nähertreten verwehren.

Da steht vor Herta Erich Lüttgard, und was er schon einmal gesagt, das wiederholt er nun vor ihr in dem starken Tone unverwüstlichen Hoffens:

„Noch lebt sie ja!"

(Fortsetzung folgt.)